



## Dieter Bingen

### DIE KATHOLISCHE KIRCHE POLENS ZWISCHEN DIKTATUR UND DEMOKRATIE

Über Jahrzehnte wurde die römisch-katholische Kirche Polens in der Öffentlichkeit außerhalb des Landes als eine religiöse Gemeinschaft wahrgenommen, die auf die Politik des nach dem Zweiten Weltkrieg kommunistisch gewordenen Polen einen Einfluss genommen habe, der in der Mitte Europas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als ganz außergewöhnlich gelten musste. Ja, der hegemonialen Religionsgemeinschaft in Polen wurde mit Blick auf die zurückliegenden Jahrzehnte sogar nachgesagt, selbst wie eine politische Partei im Realsozialismus aufgetreten zu sein, der autonome politische Parteien neben der regierenden Arbeiterpartei grundsätzlich nicht duldete.

Nachdem 1989 der friedliche Kampf der *Solidarność* mit dem Sieg der Demokratie beendet hatte, gewannen viele Beobachter den Eindruck, als ob die Kirche sich mehr denn je mit der Politik »verbandelte«, anstatt sich von der direkten »Einmischung« in diese

zu verabschieden – zufrieden mit dem Sieg einer Gesellschaftsordnung und der Anerkennung einer Werteordnung, die ihrer Wertehierarchie nahekamen. Man erwartete, dass sie sich ernsthaft mit ihrer inneren Entwicklung und Erneuerung beschäftigen und auf den Fitness-Test in einer pluralistischen Ordnung einstellen würde. Gab es jetzt, nach dem Umbruch, nicht ganz andere – verführerische – Chancen, im politischen Leben mitzuwirken? War da nicht die Versuchung, Politiker und Parteien für sich zu gewinnen, groß? Und wie war es um die Gefahr bestellt, auf Politiker und politische Interessenten hereinzufallen, die von sich behaupteten, für die Werte der Kirche einzustehen und den Bischöfen deren Wünsche von den Lippen ablesen zu können?

Bisweilen war es in den zurückliegenden zwanzig Jahren schwierig herauszufinden, wer hier wen zu instrumentalisieren suchte, die Kirche die Politik oder vielleicht doch eher die Politik die Kirche – womöglich zeitweise stärker, als es die regierende kommunistische Arbeiterpartei jemals in der Zeit der Volksrepublik getan hatte?

Wie war es denn in der Volksrepublik? Lassen wir uns nicht blenden von den zahlreichen Triumphzügen von Papst Johannes Paul II. durch sein Heimatland, beginnend mit dem Juni 1979, als er auf dem Warschauer Siegesplatz ausrief: »Herr – komm und erneuere die Erde – diese Erde!«, was später als Fanal für die Beseitigung des Realsozialismus interpretiert wurde. Die Lage der Kirche im Verhältnis zur Politik war viel komplexer, widersprüchlicher, ambivalenter, als es ein Schwarz-Weiß-Gemälde wiedergeben kann. Ebenso ambivalent bleibt die Situation der Kirche in der Politik Polens in den zwanzig Jahren seit der Einführung der Demokratie – immerhin schon ein Zeitraum, der die Hälfte der kommunistischen Ära ausmacht!

Nach den Verfolgungen unter dem deutschen und dem sowjetischen Besatzungsregime 1939 bis 1945 und nach Jahrzehnten der Auseinandersetzung mit dem Realsozialismus hatte die römisch-katholische Kirche (weiter als katholische Kirche oder Kirche bezeichnet) ihre Legitimation als Repräsentantin dessen, was sie als die wesentlichen Werte der polnischen Nation betrachtete, unter Beweis gestellt. Dies gilt unabhängig davon, ob diese Werte mythisch überhöht waren und als behauptete Wesensmerkmale der polnischen Nation (Rzeczpospolita) einer kritischen historischen Betrachtung standhalten. Die katholische Kirche hatte die marxistisch-leninistische Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR) auf dem politischen Feld nicht direkt besiegt, da sie sich auf dieses Gebiet nur mittelbar begab und in diesem Sinne keine Konkurrenz für die herrschende Partei darstellte, die für sich die »führende Rolle« in Staat und Gesellschaft beanspruchte. Freilich hatte die katholische Kirche einen wesentlichen Einfluss auf den »ideologischen Überbau«, das Bewusstsein der Menschen.

Die quasi-politische Schlüsselrolle der katholischen Kirche für die Entwicklung des sozialistischen Polen wurde noch dadurch unterstrichen, dass sich die herrschende PZPR seit der Verschärfung der ökonomischen Krise Mitte der 1970er Jahre gezwungen sah, auf die katholische Kirche zuzugehen und sie zu einem Zusammenwirken (współdziałanie) bei der Überwindung der vielfältigen Krisen aufzufordern. Dies geschah aus der Einsicht, dass allein sie noch moralische Autorität besaß und auf das Bewusstsein und das Verhalten der Menschen einwirken konnte. Für dieses Angebot hatten die Kommunisten einen hohen Preis zu zahlen. Es war der Preis der faktischen Anerkennung der hegemonialen weltanschaulichen und gesellschaftlichen Rolle der katholischen Kirche.

Angesichts der Unfähigkeit von Partei und Staat, ökonomische und gesellschaftliche Konflikte autonom zu steuern, suchten die Behörden die katholische Kirche zu einer die Gesellschaft beruhigenden Haltung zu veranlassen. Sie wussten, dass die Kirche im Konfliktfall nicht zögern würde, sich für die Rechte der Bevölkerung einzusetzen. Was die Partei jedoch unter allen Umständen zu verhindern suchte, war das direkte Zusammengehen von Kirche und politischer Opposition. So unterstützte der Episkopat mit seinen Appellen an den Staat während der Arbeiterunruhen im Juni 1976 und danach zwar das Verlangen des »Komitees zur Verteidigung der Arbeiter« (KOR) nach Beendigung der staatlichen Repression gegen die streikenden Arbeiter, identifizierte sich aber nie mit den politischen Inhalten des Komitees. Es steht außer Zweifel und wird doch oft übersehen, dass die Kirche in Polen bemüht war, allem aus dem Wege zu gehen, was sie in den Ruf einer politischen Opposition bringen könnte.

## DER POLNISCHE PAPST UND DAS NEUE KOLLEKTIVE SELBSTBEWUSSTSEIN

Noch komplizierter wurde die Situation für Partei und Staat nach der Wahl des Krakauer Erzbischofs Karol Wojtyła zum Papst am 16. Oktober 1978. Die Gleichung Papież = Polak (Papst = Pole) hatte eine große Anziehungskraft auch für Gruppen, die bisher Distanz zur Kirche hielten. Auf seiner triumphalen Polenreise im Juni 1979 setzte Papst Johannes Paul II. auch neue Zeichen für die innere Entwicklung Polens. Mit seinem er-

Der Parteisekretär und Chef des Religionsamtes Kazimierz Kąkol über die Wahl des Krakauer Kardinals Karol Wojtyła zum Papst: »(Abend des 16.10.1978). Völlig niedergeschlagen berieten sich die Genossen Kania, Kowalczyk, Olszowski, Werblan, Łukaszewicz. Allesamt bestürzt. Olszowski schüttet sich den Kaffee auf die helle Hose. Ächzen. Schweres Schnaufen. Czyrek kommt mit der – von uns auf dem Weg vom Journalistenverband zum Zentralkomitee erarbeiteten – These »überlegt mal, letztendlich ist es für uns besser, Wojtyła dort als Papst statt ihn hier als Primas zu haben«. Die These greift um sich. Überzeugt. Aufatmen.«



Zitiert nach Jan Żaryn: *Kościół w PRL* [Die Kirche in der Volksrepublik Polen], Warszawa 2004, S. 114.



wählten Satz war ein Aufbruchzeichen gegeben worden, das von seinen Landsleuten verstanden und umgesetzt wurde. Kurz: Mit seinen Botschaften stärkte der Papst das kollektive Selbstbewusstsein der Polen, ohne das der August 1980 und Solidarność nicht entstanden wären. Das Phänomen des Angstverlustes vor Behörden, Polizei und Repression in den Massenstreiks 1980 und in der Solidarność-Bewegung rührte nicht zuletzt auch daher. Eine Art Notkoalition war geboren, in der die Kirche sich zu keinem Zeitpunkt der Opposition in Gänze verschrieb, sondern mit ihr sympathisierend zugleich im wörtlichen Sinne transzendent eine Schirmfunktion übernahm, die Platz für »das Ganze« bot, das besagte: das Wohl der Nation achtend, Rücksichten auf die machtpolitischen Realitäten zu nehmen und von der regierenden Partei nicht zu verlangen, was sie aus realpolitischen Gründen nicht geben konnte: politischen Pluralismus und Demokratie ohne Attribut. Die katholische Kirche ging also nicht im Politischen und in der politischen Opposition auf. Nach dem Sieg des politischen Pluralismus und der Demokratie zehn Jahre später sollte die Notkoalition wieder zerfallen und die Kehrseite der Medaille sichtbar werden.

## EIN PARADOX MIT FOLGEN: DAS PARTEIINTERESSE AM EINFLUSS DER KATHOLISCHEN KIRCHE AUF DIE GESELLSCHAFT

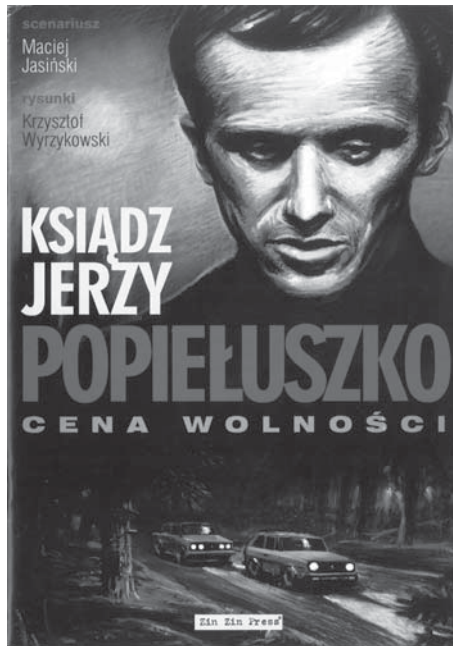
Der Parteiführung lag nach der Gründung der Solidarność daran, dass die katholische Kirche einen bestimmenden Einfluss auf die Gewerkschaftspolitik bewahrte beziehungsweise ausbauen konnte. Es kam zu der paradoxen Situation, dass die die »führende Rolle im Staate« beanspruchende PZPR einen weiter wachsenden Einfluss der katholischen Kirche im gesellschaftlich-politischen Leben befürwortete, da sie sich davon eine Schwächung der Position der demokratischen Linken in der Gewerkschaftsbewegung erhoffte.

Nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 bemühte sich die katholische Kirche darum, den tiefen Graben zwischen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung und dem Herrschaftsapparat zu überwinden und eine Brücke der Verständigung aufzubauen. Dabei erbrachte die Kirchenführung einige nicht unwesentliche und umstrittene Vorleistungen gegenüber dem Regime und distanzierte sich schrittweise von der Solidarność im Untergrund; einige politisch engagierte Priester wurden »zurückgepfiffen«. Andererseits blieb die katholische Kirche die einzige Institution mit entsprechenden organisatorischen und räumlichen Möglichkeiten, die einem weiten Spektrum gesellschaftlicher Aktivitäten (Bildung, Kultur u.a.) Zuflucht gewährte.<sup>1</sup>

Mit unerwartet deutlichen Worten äußerten sich die polnischen Bischöfe zu der politisch motivierten Streikwelle im August 1988. Am Ende des Monats kam es auf Vermittlung von Seiten des Episkopats zur ersten Begegnung zwischen dem Führer der illegalen Gewerkschaft Solidarność, Lech Wałęsa, und dem Innenminister Czesław Kiszczak,

1 Vgl. auch Antoni Dudek: Pośrednik, mediator, gwarant, beneficjant. Kościół w latach osiemdziesiątych: pomiędzy władzą a »Solidarnością« [Schlichter, Mediator, Garant, Benefiziar. Die Kirche in den 80er Jahren: zwischen Regierung und »Solidarität«]. In: TYGODNIK POWSZECHNY vom 17.12.2006.





Jerzy Popiełuszko (1947–1984), »legendärer« Kaplan der Solidarność, vom polnischen Geheimdienst SB kaltblütig ermordet. Nach seinem Theologiestudium war er zunächst in der Krankenhauspersonal-Seelsorge tätig, später als Kaplan der »Huta Warszawa«. Nach der Verhängung des Kriegsrechts erlangte er einen Ruf als charismatischer Redner und kompromissloser Regimegegner bei regelmäßig veranstalteten »Vaterlands-Gottesdiensten« in der Warschauer Stanisław-Kostka-Kirche, zu denen Tausende Gläubige kamen. Der Geheimdienst übte sich mehrfach in Provokationen und Einschüchterungs-

versuchen. Am 19. Oktober 1984 wurde Popiełuszkos Leiche von zwei »unbekannten Tätern« in die Weichsel geworfen. Bei seinem Begräbnis zwei Wochen später waren etwa 500.000 Gläubige und Sympathisanten anwesend. Die Amtskirche hatte Popiełuszko vor dem Risiko seines politischen Engagements mehrfach gewarnt. Die Ereignisse um den aufmüpfigen Priester wurden in dem Film *To Kill a Priest* (1988, mit Christopher Lambert in der Hauptrolle) von Agnieszka Holland verarbeitet, 2005 erschien in Polen der Comic *Der Preis der Freiheit* (*Cena Wolności*), 2009 kommt eine neue Filmproduktion auf die Leinwand.

zum ersten Gespräch Wałęsas mit einem Vertreter von Staat und Partei seit November 1981. Angesichts der andauernden Streiks in der Danziger Lenin-Werft schaltete sich der Episkopat direkt in die Vermittlungsbemühungen ein. Ende Januar 1989 wurde zwischen Regierungsvertretern, politischer Opposition und katholischer Kirche der Beginn der Verhandlungen an dem bald legendären Ruf erlangenden »Runden Tisch« auf den 6. Februar 1989 festgelegt. Bis zum 5. April wurde über Polens Weg in die Demokratie und Marktwirtschaft verhandelt, der auch für die Stellung der katholischen Kirche eine entscheidende Bedeutung bekommen sollte. Dies betraf zuerst die formalrechtliche, institutionelle Verankerung und auf längere Sicht die gesellschaftliche Rolle der Kirche in der Demokratie.

Im Mai 1989 verabschiedete das polnische Parlament, der Sejm, drei Gesetzesentwürfe, die zwar nicht zu den unmittelbaren Ergebnissen der Verhandlungen am »Runden Tisch« gehörten, aber ein Sinnbild derselben fortschreitenden politischen Öffnung in Polen waren, die den »historischen Kompromiss« hervorbrachte, an dessen Zustandekommen die katholische Kirche maßgeblich beteiligt war. Das waren: ein Gesetz über das Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche, das ihr erstmals einen rechtlich fixierten Status im Rahmen der volksdemokratischen Verfassung zugestand, ein Gesetz

über Gewissens- und Bekenntnisfreiheit und ein Gesetz über die Sozialversicherung (Pflichtversicherung) der 62.000 Geistlichen aller Religionsgemeinschaften. Die Geistlichkeit war die letzte größere Gruppe, die bisher von dem allgemeinen Versicherungssystem ausgeschlossen war.

## NACH DEM UMBRUCH: DIE KATHOLISCHE KIRCHE AUF DER SUCHE NACH IHREM PLATZ IN DER DEMOKRATIE

Die katholische Kirche befand sich nach dem politischen Systemwechsel in Polen, der mit der Durchführung der Vereinbarungen vom »Runden Tisch« 1989 und der Wahl des ersten nichtkommunistischen Regierungschefs im August 1989 für alle beteiligten Seiten überraschend schnell vonstatten ging, auf der Suche nach ihrem Platz in der polnischen Demokratie. Sie tat sich schwer, loszulassen und den politischen und gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten zu entsagen, die ihr die polnischen Kommunisten in den zurückliegenden zehn Jahren gewährt hatten. Ihr Verhältnis zu den politischen Institutionen der Demokratie, vor allem zur Legislative und zu den politischen Parteien, aber auch zu den gesellschaftlichen Verbänden, den Medien und zum westlichen Lebensstil war nicht unbelastet von dem Gefühl eines historischen Triumphs. Währenddessen festigte sich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre im Westen rasch das undifferenzierte Bild vom katholischen Kampf um die Errichtung eines Glaubensstaates in Polen, wozu das bisweilen undiplomatische und interventionistische Verhalten von kirchlichen Würdenträgern beitrug.

Die katholische Kirche als Institution kämpft tatsächlich seit den 1990er Jahren an drei Fronten um ihren Einfluss:

Die Oberflächlichkeit des Glaubens und die Selektivität der Akzeptanz der Glaubenssätze wurden nunmehr in der Konfrontation mit dem westlichen Zivilisationsmodell deutlicher sichtbar als in der Diktatur. Seit den 1970er Jahren durchgeführte religionssoziologische Untersuchungen belegen dieses Phänomen. Polnische Religionssoziologen machen in ihren Untersuchungen eine Unterscheidung zwischen dem »globalen Bekenntnis zum Glauben« und der »Alltagsreligiosität«.

Die katholische Kirche machte in den ersten Jahren seit der demokratischen Wende ihren politischen Einfluss in der Tagespolitik geltend und formulierte vor dem Hintergrund der Durchsetzung ihrer naturrechtlichen Normvorstellungen (partei-)politische Präferenzen vor allem im ersten Jahrfünft der 1990er Jahre deutlich. Dagegen sprach und spricht sich bis heute unverändert eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung gegen die Einflussnahme der katholischen Kirche in Politik und öffentlichem Leben aus.<sup>2</sup> Sie scherte sich nicht um die kirchlichen Wahlempfehlungen. Daraufhin hielt sich die Amtskirche seit 1997 mit offiziellen Verlautbarungen zurück, wenn es um für Katholiken wählbare Parteien und Politiker ging.

Die katholische Kirche sah sich mit der Infragestellung der christlichen Werte und der Präsenz der Kirche in einem demokratisch-pluralistischen Gemeinwesen – in einer sich

2 Vgl. Michał Kuźmiński; Maciej Müller: Kocha, lubi, szanuje... [Liebt, schätzt, achtet...]. In: TYGODNIK POWSZECHNY vom 3.2.2008.

Die Teilnahme an Massenveranstaltungen ist noch kein authentisches Glaubenszeugnis. Wenn man den Glauben auf die Ebene von Pilgerfahrten reduziert, dann ist die tagtägliche Moral nicht mehr wichtig. Bei uns zählt der Sonntag, an den anderen Tagen sieht man Gott nicht. Keinen geht das was an, was die Polen zwischen dem einen und dem nächsten Massenevent machen. Aber es gibt zu denken, dass die Gesellschaft bei dieser religiösen Hingabe ganz anders erscheint, anders, als wenn es um die Steuererklärung, um ordentliche Arbeit und so weiter geht. Die Moral dieser Katholiken rangiert unter dem europäischen Mittelwert. Mehr noch, die Teilnahme am Sonntagsgottesdienst ist in großem Maße das Ergebnis eines gesellschaftlichen Drucks – wer nicht hingehet, wird stigmatisiert, vor allem in der Provinz. Religionssoziologen erinnern bisweilen daran, dass die Teilnahme an der Hl. Messe am Sonntag noch nicht die Billigung der kirchlichen Lehre bedeutet. Viel mehr haben wir es mit einer Art Auswahlverfahren zu tun.

Stanisław Obirek: *Przed Bogiem* [Vor Gott], Warszawa 2005, S. 32.

entfaltenden bürgerlichen Gesellschaft – konfrontiert. Die Auseinandersetzungen drehten sich vor allem in den frühen 1990er Jahren insbesondere um Religionsunterricht, Geburtenregelung, christliche Werte in den Massenmedien, Konkordat und Verfassung, aber auch um steuerliche Privilegien und Eigentumsrückerstattungen.

Bereits unmittelbar nach dem politischen Umbruch hatte denn auch der katholische Priester-Philosoph und Papstfreund Józef Tischner in einem *Betrachtungen nach Zeiten der Gewalt* betitelten Interview, das 1990 im *TYGODNIK POWSZECHNY* veröffentlicht wurde, seine Kirche vor einer »totalitären Versuchung« gewarnt. Zu meinen, »die Kirche verdanke ihren Sieg über den Kommunismus schlagkräftiger Organisation, Disziplin und Homogenität«, sei eine »gefährliche Überzeugung«. Im Unterschied zum »monologischen Totalitarismus« plädiert Tischner für eine »Kirche des Dialogs«. Der Herausgeber des *TYGODNIK POWSZECHNY*, Jerzy Turowicz, sah in der Auffassung, »der neue polnische Staat müsse ein katholischer Staat sein«, einen verkappten Totalitarismus: »Es gibt Leute, die meinen, der Totalitarismus im Dienste einer falschen Ideologie sei schlecht, im Dienste einer richtigen und wahren Ideologie dagegen gut. Das stimmt nicht. Katholizismus (bzw. Christentum) ist keine Ideologie, und jeder Totalitarismus ist schlecht [...] Der Staat ist gemeinsames Gut aller Bürger, ohne Rücksicht auf ihr Bekenntnis, ihre Nationalität oder Überzeugung. Polen ist kein ausschließliches Eigentum der Katholiken, mögen sie noch so zahlreich sein.«<sup>3</sup>

Die Amtskirche hörte aber nicht auf die Papstfreunde Tischner und Turowicz. Auf Druck des Episkopats wurde im August 1990 per Dekret die Wiedereinführung des schulischen Religionsunterrichts zum 1. September 1990 verfügt. Premier Tadeusz Mazowiecki wollte einen offenen Konflikt mit den Bischöfen vermeiden, um seine Wahlchancen gegen den als »kirchentreu« geltenden Lech Wałęsa in den Präsidentschaftswahlen im Herbst 1990 zu wahren.

3 Jerzy Turowicz: *Skąd i dokąd idziemy* [Von wo wir kommen und wohin wir gehen]. In: *TYGODNIK POWSZECHNY* vom 25.3.1990.

Die ersten Vorstöße von Seiten der katholischen Kirche zu einer Reform bzw. einer völligen Umformulierung der bisher liberalen Abtreibungsgesetzgebung reichten weiter zurück als die öffentliche Auseinandersetzung um den Religionsunterricht. Nach erbitterten Diskussionen verabschiedete der Sejm am 7. Januar 1993 ein »Gesetz über Familienplanung, den Schutz der menschlichen Leibesfrucht und die Zulässigkeit des Schwangerschaftsabbruchs«, das weder den Wünschen der »Fundamentalisten« noch den Vorstellungen der »Liberalen« entsprach, wenn es auch ersteren weit entgegenkam. Ein neues Konkordat war noch von der Regierung der Ministerpräsidentin Hanna Suchocka und dem Heiligen Stuhl unterschrieben worden, konnte aber wegen der Auflösung des Sejms vor den Wahlen 1993 nicht mehr ratifiziert werden. Vor allem der postkommunistischen Sozialdemokratie (SLD = Sojusz Lewicy Demokratycznej = Demokratische Linksallianz) gingen die rechtlichen Privilegien für die katholische Kirche zu weit, formal wurde in der Diskussion darauf verwiesen, dass wegen der grundsätzlichen Regelung des Staat-Kirche-Verhältnisses die neue Verfassung nicht präjudiziert werden dürfe. Sie wurde am 2. April 1997 verabschiedet, das Konkordat gewann erst am 23. April 1998 Gesetzeskraft.

Parallel zu der Debatte über die Ratifikation des Konkordats verlief in Polen die Diskussion des Verhältnisses zwischen katholischer Kirche und demokratischem Staat im Zusammenhang mit der Erarbeitung der neuen Verfassung, die 1997 verabschiedet wurde. In beiden Fällen ging es um die Durchsetzung christlicher Werte in der staatlichen Gesetzgebung und die Realisierung des liberalen Paradigmas von der Trennung zwischen Staat und Kirche, die sich vor dem spezifischen Hintergrund von polnischer neuerer und neuester Geschichte, Politik und Kultur als besonders schwieriger Prozess darstellte.

Diese politischen Interventionen der Amtskirche kommentierend, formulierte der stellvertretende Chefredakteur der angesehenen katholischen Monatszeitschrift *Więź*, Zbigniew Nosowski, in einer Diskussion folgende These: »Das Hauptproblem der Kirche in Polen ist weder der Streit um die Legalisierung der Abtreibung, noch um den Platz des Religionsunterrichts, noch um die Respektierung christlicher Werte im Fernsehen, noch die invocatio Dei in der Verfassung. Ebenso wenig ist das Hauptproblem der Kirche die Kritik, auf die sie trifft, oder der Streit um ihren Platz im öffentlichen Leben. Das Hauptproblem der Kirche in Polen ist – wie Bischof Pieronek sagte – die Kirche selbst.«<sup>4</sup> Bischof Tadeusz Pieronek war in den 1990er Jahren Sekretär der polnischen Bischofskonferenz. Er gilt als ein dialogorientierter Exponent im polnischen Episkopat und spielte in den 1990er Jahren eine wichtige Rolle in den internen Auseinandersetzungen des Episkopats um den richtigen Weg der Kirche. Der katholische Gesellschaftswissenschaftler Manfred Spieker formulierte es folgendermaßen: »Sie tut sich schwer, ihr Verhältnis zu den politischen Institutionen der Demokratie, vor allem zur Legislative und zu den politischen Parteien, aber auch zu den gesellschaftlichen Verbänden, den Medien und last but not least zum ›Westen‹ zu bestimmen.«<sup>5</sup> Wobei hinzuzufügen ist, dass der Erfolg des Referendums zum EU-Beitritt am 7./8. Juni

4 Zitiert nach TYGODNIK POWSZECHNY vom 20.8.1995, S. 6.

5 Manfred Spieker: Kirche und Gesellschaft im postkommunistischen Transformationsprozeß. In: ders. (Hrsg.): Nach der Wende: Kirche und Gesellschaft in Polen und in Ostdeutschland. Sozialethische Probleme der Transformationsprozesse. Paderborn 1995, S. 11–31, hier S. 20.



2003 zweifellos nicht zuletzt auf eine eindeutige Stellungnahme des Papstes aus Rom zurückzuführen war. In den meisten katholischen Kirchen des Landes war am Pfingstsonntag, dem zweiten Wahltag, noch einmal der Appell von Papst Johannes Paul II. verlesen worden, an dem Referendum teilzunehmen. Der Papst hatte am 18. Mai 2003 in einer Ansprache vor polnischen Pilgern erklärt: »Der Platz Polens ist in Europa« und kurz vor dem EU-Beitritt Polens den Weg Polens »von der Lubliner Union zur Europäischen Union« positiv nachgezeichnet, wofür er bei traditionalistisch orientierten und im Festungsdenken befangenen Bischöfen auf wenig Verständnis stieß.

Generell bleibt Manfred Spiekers Einschätzung aus der Mitte der 1990er Jahre bis heute gültig. Sie wurde insbesondere in den Jahren 2005 bis 2007 in der PiS-Regierungszeit bestätigt, in der eine sich anbietende und zugleich die inneren Spannungen im Episkopat verstärkende und instrumentalisierende Politik des PiS-Vorsitzenden und Regierungschefs Jarosław Kaczyński (2006–2007) das Ihre dazu beitrug, die unterschiedlichen Orientierungen in der polnischen Amtskirche zum Ausdruck kommen zu lassen.

Den polnischen Bischöfen gelang es unter der rechtskonservativen PiS-Regierung, die sich die populistische Bauernpartei »Selbstverteidigung« (Samoobrona) und die nationalistische Partei »Liga der polnischen Familien« (LPR) ins Regierungsboot holte – übrigens unter Vermittlung des seinerzeitigen Metropoliten von Warschau-Praga, Sławoj Leszek Głódz –, nur bei den plumpsten Anbiederungsversuchen aus dem rechten Lager, sich der politischen Instrumentalisierung zu entziehen: Die LPR legte im Herbst 2006, unterstützt von Samoobrona, einen Verfassungsänderungsentwurf vor, der ein gänzlich Verbot der Abtreibung vorsah, indem der in Artikel 38 niedergeschriebene Staatsauftrag der Verteidigung des menschlichen Lebens durch die Worte »von seinem Beginn an« ergänzt werden sollte. Die Initiative wurde in der Öffentlichkeit und von der Amtskirche selbst als durchsichtiges politisches Manöver der LPR gewertet, um mehr katholische Wähler auf Kosten der in dieser Sache gespaltenen PiS für sich zu gewinnen. Die Bischofskonferenz sprach sich zwar für eine Verfassungsänderung aus, zugleich distanzierte sie sich aber von dem parteipolitischen Instrumentalisierungsversuch.

Von einer Gruppe national-katholischer Abgeordneter ging Ende 2006 die bizarre Initiative aus, durch einen Parlamentsbeschluss Christus zum König Polens zu erklären. Zur Begründung beriefen sie sich auf die »Taufe Polens« im Jahr 966; damit sei Polen zu einem »christlichen Staat« geworden und der »Herrschaft Christi unterworfen« worden. Die »Identität« der polnischen Nation sei »unlösbar mit dem katholischen Glauben verbunden«. Zumal in der »gegenwärtigen allgemeinen Weltkrise des Glaubens und der Werte« sei ein solcher Akt von herausragender Bedeutung.<sup>6</sup> Diesem Vorstoß lagen nicht nur eine eklatante Verletzung der Trennung von Kirche und Staat, die Idee eines katholischen Staatskirchentums und ein abstruses Geschichtsverständnis zugrunde, er wurde auch ganz einfach als ein durchsichtiger Anbiederungsversuch verstanden und von den Bischöfen mit Befremden und Ablehnung aufgenommen.

Zwar ging in den letzten Jahren die Politisierung der katholischen Kirche, die man als dreist bezeichnen kann, von nationalkonservativen (PiS) und rechtsextremen (LPR) po-

6 Marek Zajac: Jezus nie chce być władcą [Jesus will kein Herrscher sein]. In: TYGODNIK POWSZECHNY vom 31.12.2006.

Radio Maryja heißt der 1991 in Thorn durch die Ordensgemeinschaft der Kongregation des Heiligsten Erlösers (Redemptoristen) gegründete Radiosender.

Der Sender bildet die sogenannte »Familie Radio Maryja«: Das sind Menschen, die sich um den Hörfunksender scharen und in seinem Sinne tätig sind (dank der winterlichen Kopfbedeckung, die von der »schweigenden Mehrheit« getragen wird, bezeichnet man sie auch als »Mohair-Berets«). Außerdem entstand in Thorn 2001 eine zur Stiftung gehörende, u.a. von Pater Rydzyk gegründete private Hochschule für Gesellschafts- und Medienkultur. Ideologische (formell unabhängige) Verbündete der Rundfunkstation sind die Zeitung *Nasz Dziennik* sowie der Fernsehsender *TRWAM*.

Große Kontroversen um Radio Maryja lösen die allabendlich gesendeten »Unvollendeten Gespräche« aus – eine Sendung mit gesellschaftlich-politischer Thematik, an der sich viele Hörer telefonisch beteiligen und in die Politiker, Wissenschaftler, Publizisten und Geistliche eingeladen werden. Dem Sender wird vorgeworfen, antisemitische, nationalistische, fremdenfeindliche und antidemokratische Inhalte auszustrahlen. [www.radiomaryja.pl](http://www.radiomaryja.pl)

litischen Parteien aus, die Amtskirche trug aber durch ihr Verhältnis zur Politik und zu gesellschaftlichen Fragen wesentlich dazu bei, dass es dazu kommen konnte. Um nur das in der Öffentlichkeit bekannteste Beispiel zu nennen, ließ sie den Sender Radio Maryja und die Fernsehanstalt Trwam gewähren, durchaus massenwirksame Medien, die ihr Direktor, der Redemptoristenpater Tadeusz Rydzyk, zu direkter politischer Einflussnahme benutzt, worin er von einer starken Fraktion in der Bischofskonferenz unterstützt wird. Seit Jahren befassen sich die Bischöfe mit der von Pater Rydzyk praktizierten Instrumentalisierung des christlichen Glaubens für politische und auch geschäftliche Zwecke.<sup>7</sup> Bislang gelang es ihnen nicht, die von einer national-katholischen Ideologie bestimmten politischen Aktivitäten des Senders wirksam zu unterbinden. Ein internes Problem der Amtskirche wurde zum Instrument der Regierungspolitik und über mehrere Jahre eine nicht zu unterschätzende politische Kraft, die sogar zum Regierungssprachrohr auserkoren wurde. Die Brüder Kaczyński verschafften dem Redemptoristenpater exklusive Termine bei politischen Schlüsselereignissen, und PiS-Minister waren regelmäßige Gäste in den Studios von Thorn, aus denen xenophobe, antisemitische und geschichtsklitternde Beiträge unkommentiert ausgestrahlt werden konnten. Der damalige Ministerpräsident Jarosław Kaczyński pilgerte sogar zu den Feierlichkeiten zum 15-jährigen Bestehen von Radio Maryja am 7. Dezember 2006 nach Thorn und bestärkte die »Familie von Radio Maryja« im Kampf um die Erhaltung des wahren Polentums gegen die »antipolnische Offensive«, um Polen »vor dem Bösesen zu bewahren, vor dem Übertritt auf die Seite derer, die letzten Endes gegen Polen sind«.<sup>8</sup> Und Rydzyk selbst, der Polen von Juden, Freimaurern, Liberalen, Atheisten,

7 Ausführlicher: Bettina-Dorothee Mecke: »Im Apostolat der Medien« – Radio Maryja. In: *POLEN-ANALYSEN*, Nr. 16 vom 3.7.2007, S. 2–8.

8 Abgedruckt in: *Nasz Dziennik* vom 8.12.2006 (dt. in: *POLEN-ANALYSEN*, Nr. 16 vom 3.7.2007, S. 9f.).

Deutschen und der EU bedroht sieht, verunglimpfte im Radio die Präsidentengattin, ohne dass ihm dies dauerhaften Liebesentzug einbrachte, weil PiS sich über den Sender Zugang zu ihrer Wählerklientel auf dem Lande und in Kleinstädten erhoffte.

Die Kirche sah und sieht sich nicht in der Lage einzugreifen. Im Gegenteil hält der traditionalistische Flügel des Episkopats seine schützende Hand über Pater Rydzyski. Als Nachfolger des weltoffenen Erzbischofs von Danzig, Tadeusz Gołowski, eines profilierten Kritikers des in seiner Kirchenprovinz tätigen Radio Maryja, wurde der vormalige Armeebischof Sławoj Leszek Głódz gewählt, ein traditionalistischer Kirchenmann, der seine Unterstützung für Radio Maryja mehrfach unter Beweis gestellt hatte. Auch die Wahl des konservativen Bischofs Józef Michalik zum Vorsitzenden der polnischen Bischofskonferenz im März 2004 galt als Hinweis auf eine weitere Stärkung des traditionalistischen und die Kirche einkapselnden Flügels des Episkopats. Die Demokratisierung der Wahlstatuten innerhalb des Episkopats hatte dazu geführt, dass der Einfluss der Konservativen weiter wuchs. Der Kirchenhistoriker Jarosław Gowin bezeichnete die Folge der demokratischen Wahlen in der Bischofskonferenz als »Paradox der Demokratisierung«, denn die reform- und dialogorientierten Bischöfe, die diese Demokratisierung durchgesetzt hatten, waren und blieben eine Minderheit.<sup>9</sup>

Einer undurchsichtigen Berufungspraxis und den Interessen der Traditionalisten im Episkopat, die sich dem Vorwurf eines kirchlichen Triumphalismus einerseits und der Angst vor Öffnung und einem Dialog innerhalb der Kirche und mit der Welt andererseits ausgesetzt sehen, war es wahrscheinlich auch zu »verdanken«, dass es im Januar 2007 zu einem unerhörten Vorgang kam, als der nominierte neue Erzbischof von Warschau, Stanisław Wielgus, am 7. Januar 2007 erst durch eine Intervention von Papst Benedikt XVI. unmittelbar vor der schon eingeleiteten Amtseinführung in einem Festgottesdienst in der Warschauer Kathedrale vor Hunderten von Gläubigen, dem Staatspräsidenten an der Spitze, zu einem Amtsverzicht veranlasst wurde und ein noch größerer Skandal abgewendet wurde, den die Bischofskonferenz und Primas Józef Glemp nicht zu verhindern imstande waren: an die Spitze des Warschauer Erzbistums einen ehrgeizigen Priester und Theologen zu setzen, der seine Zusammenarbeit mit dem polnischen Geheimdienst nach einem vorangegangenen Meineid vor dem päpstlichen Nuntius erst auf stetig steigenden Druck von außen eingestand. Die Nationalkonservativen in Kirche und Politik, Radio Maryja an der Spitze, sahen darin eine Verschwörung gegen eine Kirche, in der das Problem der Zusammenarbeit mit der Geheimpolizei nicht existiert. Diese Position des Totschweigens und Verdrängens von Verfehlungen innerhalb des niederen und höheren Klerus, konkret im Fall des Erzbischofs Wielgus wie auch des 2002 wegen des Vorwurfs der sexuellen Nötigung von Priesteramtskandidaten – noch in seiner Amtszeit als Erzbischof – zum Rücktritt veranlassenden Posener Metropoliten Juliusz Paetz, der sich nie zu seinen Verfehlungen bekannte und jetzt ohne Weiteres wieder mit seinem Nachfolger, Erzbischof Stanisław Gądecki, die Messe konzelebriert, wird von dem Kirchenspezialisten der konservativen Tageszeitung RZECZPOSPOLITA,

9 Jarosław Gowin: *Kościół w czasach wolności 1989–1999* [Die Kirche in den Zeiten der Freiheit 1989–1999]. Kraków 1999, S. 449 (zitiert nach Dominik Hierlemann: *Lobbying der katholischen Kirche. Das Einflussnetz des Klerus in Polen*. Wiesbaden 2005, S. 94).

Tomasz P. Terlikowski, als die im Episkopat siegreiche Strategie der Verteidigung der von Feinden umgebenen Festung Kirche bezeichnet, für die auch der neue Erzbischof von Danzig steht.<sup>10</sup> Die katholische Kirche, Erzbischof Wielgus, Radio Maryja, Pater Rydzyk, Erzbischof Paetz, aber auch Politiker wie Jarosław Kaczyński, sein Bruder Lech, der Präsident, sie sind nach dieser Welterklärung alle Opfer medialer Inquisition und antipolnischer Aktivitäten. Die Kirche als Trutzburg gegen eine Welt von Feinden: Linken, Liberalen, Freimaurern, Juden, Deutschen uswuf., was auch immer die Verschwörungstheorien so hergeben.

Mit diesem manichäischen Weltbild im Hinterkopf, das die Welt in Gut und Böse einteilt und einen ununterbrochenen Kampf des Guten gegen das Böse (aber natürlich auch umgekehrt) beinhaltet, kann die Forderung nach Lustration oder auch freiwilliger »Gewissenserforschung« der Kirche und ihrer Glieder nur als Angriff auf eine unfehlbare Einrichtung missverstanden werden. Hätte Polens Kirche nach dem Beispiel der Bischöfe in der ehemaligen DDR die Einflussnahme der Staatssicherheit auf die Kirche und die Verwicklung von Priestern in die Machenschaften des Überwachungsstaates frühzeitig aufgeklärt, wäre ihr diese Peinlichkeit erspart geblieben, ist Theo Mechtenberg überzeugt. Die Kirchenführung wollte und will aber bis auf Weiteres im Gefühl des Triumphes über das kommunistische System das Selbstbild durch Schatten aus der Vergangenheit nicht verdunkeln. Angesichts nicht ausbleibender »Enthüllungen« sparte die Amtskirche nicht an Medienschelte, anstatt sich mit dem Selbstbewusstsein, im Großen und Ganzen als eine weitgehend unbefleckte Siegerin im jahrzehntelangen Kampf um die Seele der Polen hervorgegangen zu sein, in Demut vor der menschlichen Schwäche einiger ihrer Mitglieder zu üben, wobei sie damit rechnen kann, auf das Verständnis der meisten Gläubigen zu stoßen, die vielleicht besser als die Bischöfe über die Stärken und Schwächen ihrer Priester informiert sind. Manche Äußerungen aus dem Episkopat erinnerten an Argumentationsmuster der frühen 1990er Jahre, als man jede die Kirche kritisierende Berichterstattung als Ausdruck einer kirchenfeindlichen Strategie wertete. Diese abwehrenden bis aggressiven Reaktionen verrieten ein gestörtes Verhältnis zur Öffentlichkeit einer pluralistischen Demokratie. Erst nach einer Vielzahl von »Enthüllungen« und einer breit geführten gesellschaftlichen Diskussion reagierte der Episkopat endlich auf die für die Kirche belastende Situation. Er verabschiedete am 25. August 2006 eine *Denkschrift bezüglich der Zusammenarbeit von einigen Geistlichen mit den Organen des Sicherheitsapparats in den Jahren 1944–1989* und berief zugleich eine »Kirchliche Historische Kommission« zur Aufklärung von Verdachtsfällen ein<sup>11</sup>, die aber von einem Vertrauten von Erzbischof Głódź übernommen wurde – und somit schief die Arbeit der Kommission wieder ein.

10 Tomasz P. Terlikowski: *Pastiszowa ludowość arcybiskupa Głódzia* [Die Volksnähe des Erzbischofs Głódź – ein Pastiche]. In: *RZECZPOSPOLITA* vom 7.4.2008.

11 Theo Mechtenberg: *Die katholische Kirche in der pluralistischen Demokratie*. In: Dieter Bingen, Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.): *Länderbericht Polen. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*. Bonn 2009 (i.E.).



Auch wenn die meisten gesellschaftlichen und moralischen Autoritäten nach 1989 in Frage gestellt und durch »Experten« und »Spezialisten« ersetzt wurden, stellt Johannes Paul II. bis heute eine Ausnahme dar: Für 94% der Polen ist er »mein Papst«, 92% von ihnen haben seine Predigten im Hörfunk oder Fernsehen gehört, 30% seine Bücher gelesen. (Nach RZECZPOSPOLITA vom 24./25. März 2007.) Im Jahre 2003 gaben 65% aller Polen an, den Inhalt der päpstlichen Lehre zu kennen, 67% meinten, sie sei nicht schwer zu befolgen (nach CBOS). Soziologen beobachten solche Meinungsumfragen mit Vorsicht: »Auch wenn Johannes Paul II. in der polnischen Gesellschaft die wichtigste Autorität besitzt, fällt das Maß seiner Billigung in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich aus, insbesondere unter dem Aspekt der Erfüllung päpstlicher Anforderungen gegenüber seinen Landsleuten, die in seinem religiös-moralischen Nachlass enthalten sind. Verkürzt gibt folgende Aussage die Situation wieder: Die Polen lieben den Papst, aber sie hören nicht auf ihn.« (Janusz Mariański: *Religijność społeczeństwa polskiego w perspektywie europejskiej* [Die Religiosität der polnischen Gesellschaft in europäischer Perspektive], Kraków 2004, S. 365.)

## NICHT EINGELÖSTE VERSPRECHEN

Die Tatsache, dass die Kirche in die Politik hineingezogen und einer direkten politischen Kritik ausgesetzt blieb, rührte daher, dass sie weiterhin eine politisch eingreifende Kraft sein wollte. Gleichzeitig hatten die in weiteren Perspektiven denkenden Kirchenleute (Bischöfe, Klerus, Theologen, katholische Laien) längst erkannt, dass die katholische Kirche ihre evangelische Mission umso besser erfüllen konnte, je weniger sie sich direkt im politischen Leben engagierte und je mehr sie die »Zivilisation der Liebe« (Johannes Paul II.) unter den Gläubigen verbreitete. Wie hatte die Bischofskonferenz 1993 in ihrem Hirtenwort »über die christlichen Werte im Leben von Gesellschaft

und Nation« formuliert: »Die religiösen Werte haben ihrem Wesen nach einen inneren, geistigen Charakter, das heißt sie bedürfen der inneren Akzeptanz, und man kann sie nicht mit Hilfe von Befehlen und rechtlichen Regelungen aufdrängen.«<sup>12</sup> Die Praxis sieht bis auf den heutigen Tag ganz anders aus. Man kann das auch als eine bittere Niederlage des Theologen Karol Wojtyła und des Papstes Johannes Pauls II. in seinem bis ans Lebensende geliebten Heimatland deuten. Nicht nur, dass die von ihm erträumte, aber auch wirklich erwartete, Erneuerung des Glaubens in Polen mit einer nachhaltigen Auswirkung zuerst auf den Osten Europas und dann übergreifend auf den weitgehend säkularisierten Westen und traditionell katholischen Süden Europas (die Neu-Evangelisierung Europas) nicht recht sichtbar ist. Auch in der Heimat des letzten Papstes steht die Kirche nicht glänzend, nicht erneuert, da. Ja, es gibt junge Geistliche, die aus dem traditionalistischen Habitus und den verkrusteten Strukturen auszubrechen versuchen und Gemeinden evangelisieren und an die Kirche binden. Es gibt engagierte junge Menschen, aber keine sogenannte »Generation JP2«, die irgendeinen messbaren Einfluss auf das kirchliche Innenleben wie auf den Dialog der Kirche mit der Außenwelt ausüben würde. Vor allem aber wünschte man sich, die polnischen Bischöfe hätten »ihren« Papst verstanden. Der langjährige Publizist der katholischen Monatszeitschrift ZNAK und jetzige POLITYKA-Redakteur Adam Szostkiewicz sprach von einer schleichenden »De-Wojtylisierung« – ein vielleicht treffendes, aber zugegebenermaßen im Polnischen wie im Deutschen hässliches Wort, wenn denn Polens Kirche jemals jenseits der politisch wirksamen Botschaften die eigentliche »gute Botschaft« (Evangelium) des zugleich, unchristlich ausgedrückt, »wertkonservativen«, aber weltoffenen und menschenfischenden Papstes verstanden hat und es zuvor eine »Wojtylisierung« gegeben hat – abgesehen von einsamen Rufnern wie Józef Tischner, Jerzy Turowicz oder anderen Laien-Katholiken, die sich um die Zeitschriften WIĘŹ, ZNAK und TYGODNIK POWSZECHNY sowie die »Klubs der katholischen Intelligenz« (KIK) versammelten.<sup>13</sup> Die Bilanz scheint ernüchternd zu sein, so lange viele kirchliche Würdenträger die Nähe zur Politik und zu den Politikern suchen und an vergangene Triumphe erinnern. Das ändert nichts an dem großartigen Zeugnis der katholischen Kirche in Polen für die Verteidigung der Würde der Menschen und der Nation in Zeiten der Unterdrückung durch die Diktaturen des 20. Jahrhunderts.

12 Zitiert nach POLITYKA, Nr. 26 vom 1.7.1995.

13 Adam Szostkiewicz: Pelzająca de-wojtylizacja [Die schleichende De-Wojtylisierung]. In: ZNAK, Nr. 10, 2008, S. 37-42, und ders.: Pustka po Papie [Leere nach dem Papa]. In: POLITYKA, Nr. 14 vom 5.4.2008, S. 28f.

Die römisch-katholische Kirche in Polen wird in 45 territoriale Einheiten aufgeteilt (Metropolen, Diözesen des lateinischen und des unierten Ritus, Armee-Ordinariat), an deren Spitze insgesamt 144 Bischöfe stehen. Die Zahl der polnischen Katholiken beträgt 36,6 Millionen, die 10.114 Gemeinden im ganzen Land angehören. Dort arbeiten 28.546 Priester, darunter ca. 6.000 Ordenspriester, sowie 23.304 Ordensschwestern und 1.522 Ordensbrüder. In jeder Gemeinde gibt es statistisch 2,6 Priester, auf einen Seelsorger kommen 1.283 Gläubige. Im Theologiestudium befinden sich derzeit mehr als 6.000 Priesteranwärter. Daten des Vatikanischen Amtes für Kirchenstatistik aus dem Jahr 2004, zitiert nach [www.episkopat.pl](http://www.episkopat.pl)

#### Grunddaten zur Geschichte des Christentums in Polen

966 »Taufe Polens«; Fürst Mieszko I. nimmt das römische Christentum an.  
 999/1000 Errichtung einer polnischen Kirchenprovinz mit Erzbistum in Gnesen.  
 Ca. 1140 Ankunft der Zisterzienser in Polen.  
 1364 Gründung der Universität in Krakau.  
 1387 »Taufe Litauens«.  
 Ca. 1548–1550 Erstarkung der Reformation in Polen.  
 1564 Sigismund II. August, König von Polen, und Kardinal Hosius setzen die Annahme der Beschlüsse des Konzils von Trient durch und leiten die Gegenreformation in Polen ein; Ankunft der Jesuiten.  
 1570 Die Lutheraner, Calvinisten und Böhmisches Brüder schließen den Konsens von Sendomir (Sandomierz), in dem sie sich gegenseitig als evangelisch anerkennen. Die Antitrinitarier (Polnische Brüder) bleiben ausgeschlossen.  
 1573 In der »Generalkonföderation« von Warschau setzt der Adel gegen die Stimmen der katholischen Bischöfe die Glaubensfreiheit durch.  
 1596 Union der orthodoxen Kirche Polen-Litauens mit der römisch-katholischen Kirche.  
 1599 Polnische Übersetzung der Bibel durch Jakub Wujek.  
 1645 Colloquium charitativum der Katholiken und Protestanten in Thorn.  
 1656 König Jan II. Kazimierz erklärt nach dem »Wunder von Tschenschostochau« (Verteidigung des Klosters vor Schweden) die Jungfrau Maria zur Königin der Krone Polens.  
 1658 Vertreibung der Antitrinitarier (Polnische Brüder) aus Polen.  
 1773 Auflösung des Jesuitenordens.  
 1795 Dritte Teilung Polens zwischen dem orthodoxen Russland, dem protestantischen Preußen und dem katholischen Habsburgerreich.  
 1839 Zerschlagung der Unierten Kirche in Russland, 1875 im »Königreich Polen«.  
 1918 Gründung der Katholischen Universität in Lublin.  
 1948 bis 1981 Kardinal Stefan Wyszyński, Primas von Polen.  
 1978 bis 2005 Papst Johannes Paul II. (ehemals Kardinal Karol Wojtyła).  
 1998 Inkrafttreten des Konkordats zwischen Polen und dem Vatikan.